

Heraus zum Roten 1. Mai 2000

Der Rote 1. Mai ist auch dieses Jahr wieder gegebener Anlass, um lautstark darauf aufmerksam zu machen, dass wir uns trotz neuer Technologien, boomender Aktienmärkte und Premiere World nicht für dumm verkaufen lassen. Schon gar nicht von denjenigen, denen das reibungslose Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft schon immer wichtiger war und ist als die Lebensumstände der Menschen, für deren Armut sie verantwortlich sind und von deren Ausbeutung sie profitieren.

Bimbes und kein Ende?

Die Affären um die verschobenen und nicht ausgewiesenen Spendengelder der CDU und das Reisebüro der WestLB, worüber die nordrhein- westfälischen Minister besonders preiswert verreist sind, haben in den Medien ein solches Echo hervorgerufen, dass man sich schon darüber wundern muss. Wissen wir doch nicht erst seit gestern, dass die Politik bereitwillig die Interessen des Kapitals bevorzugt berücksichtigt. Insofern ist es nicht weiter erstaunlich, wenn sich die Vertreter der Wirtschaft durch Zuwendungen erkenntlich zeigen und wenn Politiker selbst vor Geschäften mit dubiosen Waffenschiebern nicht zurückschrecken. Und während sich die geschockten Anstandswächter der Nation medial über die mangelnde Moral ihrer politischen Führung mokieren und den Schaden für die Demokratie beklagen, können wir nur wieder kopfschüttelnd feststellen, dass der Fehler eben doch im System steckt. Wie sehr die Interessen des Kapitals durch Bimbesförderung die "nationalen Interessen" in der Außenpolitik bestimmen, zeigen auch die geplanten Waffenexporte der rot-grünen Bundesregierung. Speziell die Panzerlieferungen auf die arabische Halbinsel sind mit Sponsoring (Stichwort: Schreiber) schon während der Kohl-Regierung eingeleitet worden. Obwohl ihr die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei bekannt sind, setzt die neue Bundesregierung die, alte Waffenexportpolitik fort. Wer kriegt dafür wohl den Bimbes?

Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern

Wie wenig die Menschenwürde zählt, wenn es um Profit geht, lässt sich auch am Umgang der Bundesrepublik mit den Verbrechen des Naziansozialismus erkennen. Nur auf Druck von amerikanischen Anwälten ehemaliger ZwangsarbeiterInnen und vor allem aus der Angst vor Imageschäden und sinkenden Exporterlösen kam es zu dem Entschädigungsfond der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft. Herausgekommen ist nach mehr als fünfzig Jahren eine lächerliche Summe für die letzten Überlebenden. Wie gering das Unrechtsbewusstsein der deutschen Unternehmer ist, zeigt das spärliche Interesse an dem Fond. Im Kreisgebiet Siegen-Wittgenstein beteiligt sich bis heute kein einziger Betrieb daran, obwohl während der Nazizeit zehntausende von ZwangsarbeiterInnen in die Region verschleppt und zum Arbeitseinsatz gezwungen worden sind.

Green-Card

Motor von Schröders Green-Card -Initiative ist die Angst, der Standort Deutschlands könne im globalen Wettbewerb um neue Technologien hinterherhinken. Ausländerinnen und Ausländer sind hier eben nur dann willkommen, wenn man sie für die Zwecke der deutschen Industrie instrumentalisieren und ausnutzen kann. Die Verhältnisse in den Herkunftsländern von MigrantInnen, die viele Menschen dazu

zwingen, ihr Land zu verlassen, werden dabei systematisch ausgeklammert. Und so versucht Innenminister Schily alles, seinem Vorgänger Kanther hinsichtlich der Kriminalisierung und Ausgrenzung von AusländerInnen nachzueifern. Wer nicht gebraucht wird, soll draußen bleiben.

In diesem Klima gedeihen auch in Siegen rassistische Umtriebe bestens: Neonazistische Organisationsbestrebungen im öffentlichen Raum und Nazischmierereien an Schulgebäuden legen Zeugnis davon ab. Ganz entschieden unterstützen wir den entschlossenen Protest der SchülerInnen der Bertha-von-Suttner- Schule gegen die Einschüchterungsversuche der Neonazis.

Weil die Verhältnisse sind, wie sie sind, demonstrieren wir auch dieses Jahr wieder am Roten 1. Mai. Nicht weil wir glauben, dass uns in nächster Zeit eine grundlegende Veränderung gelingen wird, sondern weil wir davon überzeugt sind, dass es notwendig ist für soziale Gerechtigkeit, Internationale Solidarität und das Ende der Ausbeutung von Menschen durch Menschen einzutreten.

In diesem Sinne: Heraus zum Roten 1. Mai !